

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

28.5.1865 (No. 125)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 28. Mai.

N. 123.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 27. Mai.

Durch Allerhöchste Ordre vom 26. d. M. wird der Major von Freydrick vom Artillerieregiment zum Flügeladjutanten ernannt und gleichzeitig zur Dienstleistung auf der Generaladjutantur befehligt.

Dienstnachricht.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Entschiedenheit vom 6. d. M. den Beschluß der Ersten Kammer der Ständeversammlung vom 6. d. M., durch welchen Ministerialrath Alexander Serger als Archivar dieser Kammer angestellt wurde, gnädigst gutzuheißen geruht.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramm.

† Paris, 27. Mai. Der „Moniteur“ veröffentlicht folgenden Schreiben des Kaisers Napoleon an den Prinzen Napoleon:

„Mein lieber Herr Vetter! Ich kann nicht umhin, Ihnen den peinlichen Eindruck zu bekunden, den mir Ihre zu Ajaccio gehaltene Rede gemacht hat. Indem ich Sie während meiner Abwesenheit bei der Kaiserin und meinem Sohn als Vizepräsidenten des Geheimen Rathes zurückließ, wollte ich Ihnen einen Beweis meiner Freundschaft und meines Vertrauens geben und hoffte, daß Ihre Anwesenheit, Ihr Benehmen und Ihre Reden Zeugnis ablegen würden von der Einigkeit, die in unserer Familie herrscht.“

Das politische Programm, das Sie unter der kaiserlichen Egide stellen, kann nur den Feinden meiner Regierung dienen. Zu Urtheilen, die ich nicht zulassen kann, fügen Sie noch Gefühle des Hasses und des Grolls (rancune), die nicht mehr in unsere Zeit passen. Um es zu verstehen, die Ideen des Kaisers auf die jetzigen Zeiten anzuwenden, muß man durch die harte Schule der mit der Macht verknüpften Verantwortlichkeit gegangen sein.

Und dann: Können wir Pygmäen, die wir sind, in Wahrheit die große historische Gestalt Napoleons nach ihrem rechten Werthe würdigen? Wie vor einer kolossalen Statue sind wir unfähig, das Ganze auf einmal zu erfassen. Wir sehen stets nur eine Seite, die unsere Blicke trifft; daher die Unfähigkeit, sie zu reproduzieren und die Verschiedenheit der Meinungen.

Aber was in den Augen aller Welt klar ist, ist dies, daß der Kaiser, um die Anarchie der Geister — diesen unzweifelhaften Feind der wahren Freiheit — zu verhindern, zunächst in seiner Familie und dann in seiner Regierung diese strenge Disziplin eingeführt hat, die nur einen Willen und nur eine Aktion zuläßt. Ich bin nicht gewillt, fortan von der gleichen Verhaltungsregel abzuweichen.

Im Uebrigen, mein lieber Herr Vetter, bitte ich Gott, daß er Sie in seinen heil. Schutz nehme. — Napoleon.“

Deutschland.

× Frankfurt, 26. Mai. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß der Wahl des Abgeordneten Jungermann

zum Bürgermeister von Vöckenheim zum zweiten Mal von Seiten des kurhessischen Ministeriums des Innern die Bestätigung versagt worden ist, und daß derselbe eine weitere Verfolgung der Sache definitiv aufgegeben hat. Hr. Jungermann wird nun seine landständische Thätigkeit bis zum Schluß des gegenwärtigen kurhessischen Landtags fortsetzen, und dann — etwa am 1. Juli — die Oberleitung des „Frankfurter Journals“ als verantwortlicher Redakteur übernehmen. Seine journalistische Befähigung hat Hr. Jungermann als Mitredakteur der „Süddeutschen Zeitung“ in hervorragender Weise bewiesen.

○ Stuttgart, 26. Mai. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer kam von dem Abg. Wächter eine Interpellation an den Hrn. Minister des Auswärtigen ein, dahin gehend: ob er geneigt sei, an einem Handelsvertrag mit Italien Theil zu nehmen. Der Präsident der Kammer, v. Weber, machte die Mittheilung, daß trotzdem, daß seit vielen Wochen nur 3 bis 4 Sitzungen in der Woche stattfinden, es doch mit den Kommissionsarbeiten so übel bestellt sei, daß man gegenwärtig fast immer nur von einer Sitzung zur andern vorbereiteten Stoff habe, weshalb er die Vorkände der Kommissionen ermahnte, auf Beschleunigung der Arbeiten Bedacht zu nehmen.

Hauptgegenstand der Tagesordnung war eine Nachherigen von je 8000 fl. für 1865/66 und 1866/67 bezugs der Errichtung einer Geschäftsträgerstelle in der Schweiz, wovon 1900 fl. persönlicher Gehalt, 5100 fl. Repräsentationsaufwand, und 1000 fl. als Ersatz für Kanzleikosten. Die Kommission trug auf Verwilligung an. Die Debatte nahm über 3 Stunden in Anspruch. Die Ergrizung wurde schließlich mit 58 gegen 25 Stimmen verworfen.

Dresden, 25. Mai. Gestern Abend nach 10 Uhr ist Ihre königl. Hoh. die Prinzessin Georg von Sachsen von einem Prinzen glücklich entbunden worden. (Der erste Enkel des Königs Johann.)

Kiel, 26. Mai. Man meldet der „Nordd. Allg. Ztg.“ telegraphisch, daß die preussischen Kriegsschiffe „Augusta“ und „Victoria“ bei Holtenau außer Dienst gestellt werden, und daß der Stationschef, Contreadmiral Jachmann, in Kiel eingetroffen war.

In Friedrichsdorf ist Alles zur Aufnahme von 5 Offizieren und 100 Soldaten des Seebataillons eingerichtet, und werden diese Truppen in aller nächster Zeit durch die Korvette „Nymph“ von Danzig abgeholt werden.

Berlin, 25. Mai. Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 24. Mai.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation des Abg. Schulze-Delitzsch: „Wann geneht das Staatsministerium die mehrfach verheißene Gesetzesvorlage wegen Regelung der privatrechtlichen Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften des mittlern und kleinern Gewerbestandes, insbesondere der Handwerker und Arbeiter, bei den Häusern des Landtages einzubringen? Wird dies noch im Laufe der gegenwärtigen Session geschehen?“ Der Handelsminister, der sich zur sofortigen Beantwortung bereit erklärt, bemerkt, daß bei der Eröffnung des Landtags das Gesetz mit seinen Motiven schon fertig war. Nur einige wenige Erörterungen waren noch notwendig. Da kam der Antrag auf die Staatsregierung §§ 181 und 182 der Gewerbeordnung; damals hat die Staatsregierung erklärt, daß es mit einer solchen Auf-

hebung allein nicht gethan sei, sondern die ganzen Verhältnisse der Arbeiter gesetzlich geregelt werden müssen. Dazu werden Untersuchungen angestellt, und nach Beendigung derselben wird auch dieser Gegenstand wieder in Erwägung genommen werden. Die Regierung erkennt vollständig die soziale Bedeutung des Genossenschaftswesens an und beschäftigt sich sehr eingehend mit dieser Frage; in dieser Session wird aber die Vorlage eines Gesetzes nicht mehr erfolgen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist ein Staatsvertrag mit Kurhessen, betreffend die Regelung alter Ansprüche. Die Referenten Wachsmutz und Frommer beantragen Genehmigung des Vertrages. Der Vertrag wird genehmigt.

Nach Erledigung eines Gegenstandes von bloß lokaler Bedeutung ging das Haus dann zur Beratung des Berichts der Budgetkommission, die Staatsrechnungen für die Jahre 1859, 1860 und 1861 betreffend, über. Die Kommission hatte beantragt, in Bezug auf die Rechnungen in den Jahren 1859 und 1860 der Staatsregierung die Entlastung zu verweigern, in Bezug auf das Jahr 1861 aber die Entlastung auszusprechen. Nach einer eingehenden Debatte beschloß das Abgeordnetenhaus auf den Antrag des Abg. Sägen, für sämtliche 3 Jahre der Finanzverwaltung die Entlastung zu verweigern. Die Majorität ging dabei von der Erwägung aus, daß die Regierung zu den Rechnungen die Bemerkungen der Oberrechnungskammer, soweit sie zur Prüfung der Rechnungen nöthig seien, vorlegen, auch die Kabinettsordres, durch welche der gesetzlich festgestellte Staatshaushalts-Etat geändert werde, mittheilen müsse, da die bisherige Praxis, ungesetzliche Ausgaben und Uebertragungen (virements) durch Kabinettsordres zu decken (justifizieren), mit der Verfassung unvereinbar sei. Die sog. Justifikationen der Ausgaben durch eine kön. Kabinettsordre soll die Minister entlasten; durch die Verfassung ist aber das Recht, die Regierung für die Verwaltung zu entlasten, vom König auf die Landesvertretung übergegangen; die Justifikation durch eine Kabinettsordre kann also höchstens die Minister von einer Verantwortlichkeit der Krone gegenüber, nicht aber auch der Landesvertretung gegenüber entbinden. Was insbesondere die Rechnungen aus den Jahren 1858 und 1860 betrifft, so hat die Regierung u. A. einen neuen Rath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angestellt und ihm ein etatsmäßiges Gehalt ausgesetzt und gezahlt, obwohl eine etatsmäßige Stellung nicht vorhanden war. Das Abgeordnetenhaus hatte am 11. Dez. 1863 die hierdurch entstandenen Ausgaben (2887 Thlr.) nicht genehmigt, und verlangt, daß der Betrag dafür wieder zur Staatskasse eingezogen werde. Diefem Beschluß ist die Regierung nicht nachgekommen; sie hat nun also auch die Bestimmung des Art. 104 der Verfassung: „Zu Etatsüberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammer erforderlich“, unerfüllt gelassen.

Berlin, 26. Mai. Verhandlungen des Abgeordnetenhauses.

In der heutigen Sitzung erklärte sich Hr. v. Bismarck bereit, die von den Abgg. v. Bunsen und Oberweg gestellte Interpellation zu beantworten, welche die Staatsregierung fragt, ob wegen eines Handelsvertrags zwischen Preußen und dem Zollverein einerseits und dem königreich Italien andererseits verhandelt werde, und an wem die Schuld liegen möge, daß eine für die Industrie unseres Vaterlandes so wichtige Angelegenheit noch immer nicht gefördert und zum Abschluß gebracht werde? Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten gab ungefähr folgende Erklärung ab: Er könne die Frage leider nicht direkt bejahen; es beständen Verhandlungen zwischen Preußen und Italien und andere zwischen Preußen und den übrigen Zollvereins-Staaten. Die ersteren Verhandlungen seien angeknüpft, um die üble Lage zu beseitigen und die Schäden abzuwehren, wie sie früher zwischen Spanien und dem Zollverein aus ähnlichen Verhältnissen entstanden seien. Die Hinder-

*K. Codd in der Wildnis.

(Fortsetzung aus Nr. 122.)

Wir eilten uns, den Todten zu begraben, verbrannten das Tule-Lager in der Kabine, um sie mit Feuer auszureinigen, zündeten dann unsere Pfeifen an, und ich hieß ihn nun begierig, seine seltsame Geschichte erzählen. Er gab sie denn so:

„Vor zwei Tagen streifte ich mit der Dämmerung am Flußufer drüben; da sah ich am Ufer dieser Insel einen Mann bis Mitte Leibs im Wasser. Mit einer Stange schien er im Flußbett herum-zuschauen, veränderte dabei von Zeit zu Zeit seine Stellung und machte immer mit seiner Arbeit fort, bis ich ihn, wegen der zunehmenden Dunkelheit, nicht mehr sehen konnte. Ich dachte weiter nicht über den Umstand nach, bis ich ihn am folgenden Abend wieder an der nämlichen Stelle und ähnlich beschäftigt bemerkte. Ich wurde jetzt neugierig, ging dorthin, wo mein Kahn angefloßen lag, und ruderte eilends nach dem untern Ende der Insel. Da ich hier oft gejagt hatte, so wußte ich einen Steig durch das verstrüppte Unterholz, der mich schnell zu der Stelle bringen mußte, wo er hantirte. Vom Buschwerk versteckt, kam ich ihm bald so nahe zu stehen, daß ich deutlich sein angestrengtes Athmen hören konnte. Er hatte einen langen Bootshaken in den Händen, der augenscheinlich an etwas gefast hatte, das er heftig gerend endlich an den Uferstrand heraufbrachte.“

„In diesem Augenblick ließ er plötzlich seinen Bootshaken fallen, drehte sich dem Ufer zu herum und schrie mit einer Stimme voll Schreckens und Tropens: „Was sagst Du da?“ Ich hatte aber nichts gesagt, und außer dem Laut seiner eigenen Stimme und seiner Bewegungen war Alles ringsum todtensill. Abermals blühte er sich, hob etwas auf, betrachtete es einen Augenblick im Mondschein und schreuderte es dann in's Dickicht. Es fiel fast hart an mir nieder, und unwillkürlich rief ich laut aus: „Ein Menschenhädel!“ Darauf erklang wieder seine hohe unirdische Stimme in der öden Stille:

„Was sagst Du da?“ und dann horchte er einen Augenblick und setzte hinzu: „Der Bube ist geschicklich heut Nacht.“ Von der Ansehung an hielt ich ihn für einen Wüthler. Er holte dann etwas vom Fluß herauf, watete in's tiefer Wasser, und warf es von sich, und murmelte im Rückgehen vom Ufer noch vor sich hin: „So! Kopf und Leib weit von einander, red' jetzt weiter mit mir, wenn Du kannst.“

„Das Blut schoß mir heiß durch die Adern. Ich hielt's länger nicht aus, sprang also über das Gebüsch zwischen uns, und stand in einem Augenblick neben ihm. Seine verglasten Augen leuchteten vom hellen Mondschein und glockten mich in tödtlichem Schreck an; während er mit einer Stimme wie eines Verdammten schrie: „Mensch oder Teufel, hab' Erbarmen mit mir!“

„Anstatt eines handfesten kräftigen — fand ich in ihm einen im Innersten gebrochenen, gewissenlosqualten, tiefgebeugten Mann. Erbarmen wollte ich ihm zeigen, versicherte ich ihn, er müsse aber auch unverzüglich mir Aufklärung über sein Dreiben geben.“

„Mit schwachen schwankenden Schritten, die nur zu klar bezeugten, daß seine Lage nahezu gefährlich sei, führte er mich nach seiner Hütte, warf sich dort auf das Winstenlager, deutete mir auf einen Sitz neben ihm, und berichtete:

„Ich heiße Douglas; ich bin ein geborner Engländer, und habe, so früh mir zurückdenkt, mit meinem Vater in den nordenglischen Kohlengruben gearbeitet. 1845 wanderte ich nach Amerika aus, im Frühjahr 1850 aber siedelte ich mich in Texas an; dort blieb ich vier Jahre wohnen; entließ mich aber endlich, überland nach Kalifornien fortzuziehen.“

„In Gesellschaft mit einem Schweden, Namens Ravne, reiste ich über die Hochprärien des Texas nach Neu-Mexiko, bis nach Santa Fé am Rio Grande.“

„Hier machten wir die Bekanntschaft eines Schweden, Heinrich Ulf's, der mit seiner Frau und seinem Kind — einem Knäblein

von sechs Jahren — sich zum Aufbruch auch nach Kalifornien rüstete. Ulf's hatte Geld, und zu seinen Gepanzen und Gepäc- und Borrathswagen etliche fünfzig Stüd Vieh.“

„Wir würden bald eins, daß wir uns an sie anschließen, und machten uns auf ein halbes Jahr verbindlich.“

„Neber die mexikanischen Cordilleras weg kamen wir an den Rio Colorado im Utah-Territorium. Hier wurde Ulf's krank und starb nach zwei Tagen. Wir begruben ihn und richteten ein Kopfbrett auf seinem Grab auf, worauf wir seinen Namen schrieben. Darauf setzten wir unsere Reise fort mit der trostlosen Wittve und ihrem waterlosen Knaben, der mein und meiner Mitreisenden Liebling und Schöpfkind wurde.“

„Wir gelangten endlich in die Graswiesen des Carlson, und hier wurde Frau Ulf's von der Cholera befallen. In wenig Stunden war sie eine Leiche, die wir in einem tiefen Grab am Sch. Wasser zurückerließen.“

„Ravne und ich übernahmen jetzt die Leitung des Reisezugs, dankten die andern Männer, die ihn begleitet hatten, ab, und zogen mit dem Weisen und der Habe weiter Kalifornien zu.“

„Und nun zum ersten Mal kam mich der Gedanke an, wie ich mich auf Kosten des Knaben bereichern könnte; an's Umbringen dachte ich aber nicht, denn Karlchen wurde uns tagtäglich lieber.“

„Wir fanden fast zweitausend Dollars in Ulf's Wagen, und als wir nach Sacramento kamen, verkauften wir die Wagen, die Gepanzen und das Vieh für dreitausend Dollars — Alles natürlich das Gut des Weisen.“ (Schluß folgt.)

Mannheim, 26. Mai. (Mannh. Anz.) Dem Vernehmen nach weilt ein Mitglied des Hoftheater-Komitees seit einiger Zeit in Paris, um die „Africanaerin“, Meyerbeer's letztes Werk, welches jüngst an der Großen Oper der französischen Hauptstadt zum ersten Male aufgeführt ward, auch für hier zu gewinnen.

nisse eines Vertragsabchlusses bestanden darin, daß mehrere Zollvereins-Staaten das Königreich Italien noch nicht anerkannt hätten. Als Weg, über diese Hindernisse hinwegzukommen, habe nun Preußen den Abschluß eines Vertrages zwischen Preußen und Italien vorgeschlagen, dessen Vortheile dieselben auf die Zollvereins-Staaten auszu dehnen wären, nach Analogie des mit Belgien unterzeichneten Protokolls. Italien sei bereit, mit dem Zollverein auf der Basis der gegenseitigen meistbegünstigten Stellung abzuschließen, habe jedoch erklärt, die Würde Italiens gestatte den Abschluß eines derartigen Vertrages nicht; man müsse vielmehr darauf bestehen, daß ein Vertrag zwischen dem Zollverein und Italien zu Stande komme. Hiemit sei die Erledigung der Angelegenheit an die Vorbedingung der Anerkennung des Königreichs Italien durch die sämmtlichen Zollvereins-Regierungen geknüpft. Es schwebten gegenwärtig Verhandlungen zwischen Preußen und den Zollvereins-Staaten, deren Ergebnis sich nicht absehen lasse. Das Hinderniß sei also die Verfassung des Zollvereins.

Das Haus ging dann zur Beratung des Etats des Ministeriums des Innern über. Bei der Einnahme sprach der Abg. Schmidt (Randow) für Abschaffung des Paßzwangs. Eine Debatte entstand über den Antrag der Kommission, das Gehalt für einen neuen Vortragenden Rath im Ministerium des Innern abzulösen. Der Minister des Innern motivirte die neue Stelle durch überhäufte Geschäfte. Die Abg. Twesten und v. Hoyerbedt vertraten den Kommissionsantrag, der angenommen wurde. Der Abg. Schmidt (Randow) sprach zu den Statistiken für das statistische Bureau und das meteorologische Institut im Sinn besserer finanzieller Dotirung, damit mehr geleistet werden könne.

Der nächste Antrag der Kommission lautet: 35,000 Thlr. zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei gänzlich zu streichen.

Abg. v. d. Heydt (gegen den Kommissionsantrag): Keine Regierung könne ohne solche Fonds existiren. Bei solchen Streichungen aus politischen Gründen mache man Staatsstreiche von unten. (Heiterkeit links. Bravo rechts.)

Abg. Lasker: Der Abg. Twesten hat vorhin ausgeführt, daß eine überflüssige Stelle im Ministerium des Innern existire zur Beschaffung schlechter Präferenzen. Ich will dies nur abermals konstatiren, weil nach unsern heutigen Streichungen und Abzügen wahrscheinlich wiederum die üblichen verkehrsmäßigen Behauptungen gegen uns in's Land geschleudert werden dürften.

Abg. v. Hennig: Die geheimen Fonds werden zu den schlechtesten Zwecken verwendet. Gerade Hr. v. d. Heydt hat ja in dem letzten Ministerium, dem er angehörte — er hat ja vielen und verschiedenen angehört (Heiterkeit) — Gelegenheit gehabt, traurige Erfahrungen zu machen. Die Geschichten in Polen sind ein trauriges Blatt in der preussischen Geschichte; er erinnere an das Verfahren des Polizeipräsidenten v. Bärensprung, erinnere daran, daß ein unglücklicher Mensch zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde wegen Verbreitung von Pamphleten, die von der Polizei selbst ausgegangen waren. Dieser Unglückliche (Majewski) sitzt, wie ich glaube, noch im Zuchthaus. Ich erinnere Sie an ein noch traurigeres Ereigniß, an den Polenprozeß, wo über hundert Leute angeklagt waren und der Staatsanwalt nicht einmal gegen die Hälfte die Anklage aufrecht halten konnte. Wenn die Polizeipolizei Nichts erfahren, lägen sie Etwas zusammen. Ich erinnere ferner an den Kölner Kommunistenprozeß, wo der Polizist Stieber wirkte; an den Handgranaten-Prozeß, an den Badenburger Prozeß, wo der Polizist Henke thätig war; an den von Pierfig-Ohm in Szene geleiteten Waldeck'schen Prozeß. Alle diese Prozesse fußen auf den geheimen Fonds. Deshalb werde ich sie nie bewilligen.

Abg. Frhr. v. d. Heydt: Ich habe keine Erfahrungen über die Verwendung der geheimen Fonds gemacht. (Gelächter.)

Minister des Innern: Die Behauptungen des Hrn. v. Hennig bestreiten sich. Von den geheimen Fonds weiß Hr. v. Hennig absolut nichts.

Abg. v. Hennig: Es ist klar, daß ich nichts davon weiß, denn es sind ja eben geheime Fonds. (Laute Zustimmung.) Aber an den Früchten erkenne ich sie und kann sie Jeder erkennen, an dem Polenprozeß u. Will der Minister diesen Prozeß aus der preussischen Geschichte austreichen, ich für meine Person möchte das Meinige dazu beitragen. Aber die Geschichte wird den Prozeß nicht vergessen.

Abg. v. Mitschke-Collande rüth der Majorität, in ihrem eigenen Interesse das Geld zu bewilligen. (Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Hoyerbedt: Hr. v. d. Heydt meinte, keine Regierung könne geheime Fonds entbehren; er fügte aber hinzu, daß er von der Verwendung nichts wisse. Wir haben hier also einen früheren Minister, der genau in derselben Lage ist, wie Hr. v. Hennig, dem der Minister des Innern Unkenntniß vorwarf. (Sehr gut.)

Abg. Waldeck: Die Bewilligung geheimer Fonds ist kein Vertrauens-, sondern ein Misstrauensvotum; sie beweist, daß ein Ministerium so hinfällig ist, daß es ohne diese Fonds nicht leben kann. Wenn Hr. v. d. Heydt meinte, konstitutionelle Regierungen müßten notwendig geheime Fonds haben, so hatte er wohl den alten französischen Scheinkonstitutionalismus im Auge; den besten Schlüssel hierfür bietet er selber, das langjährige Mitglied verschiedener Ministerien. Wenn die geheimen Fonds nicht das Licht des Hauses, nicht das Licht einer Kommission, ja nicht einmal das Licht des gesammten Staatsministeriums vertragen können, dann müssen sie ein für allemal gestrichen werden. Wenn das Herrenhaus bezüglich dieser Position wieder so verfährt, wie früher, wenn es zusetzt, was wir abgesetzt haben, so spricht dies nicht gegen unser Votum, sondern nur gegen die Existenz des Herrenhauses, wie es jetzt ist. Uebrigens werden die geheimen Fonds mitunter auch zu unschuldigen Zwecken verwendet. Wenn ein Kommissar nach Paris oder sonst wohin reisen will, läßt er sich von dort schreiben, es sehe daselbst gefährlich aus. Das Schreiben wird vorgelegt, der Minister glaubt vielleicht selbst daran, und der Mann macht seine Reise.

Abg. v. Hennig: Ich komme nochmals auf den Prozeß Majewski zurück, damit mir nicht passire, was dieser Tage einem andern Mitgliede passiert ist: daß man von seinen Ausführungen einen kleinen Umstand berichtigt und den Schein erweckt, als ob die ganze Behauptung falsch sei. (Redner verliest aus den stenographischen Verhandlungen des Polenprozesses die auf Majewski bezüglichen Ausführungen, aus welchen u. A. hervorgeht, daß der Staatsgerichtshof bei M. mildernde Umstände ausschloß, weil man ihm das richtige Sachverhältniß — das Ausstreuen der Pamphlete durch die Polizei — verheimlichte. Majewski, den sonst geringe Gefängnißstrafe getroffen hätte, wurde deshalb zu Zuchthausstrafe verurtheilt.)

Abg. v. d. Heydt: Wenn auch in konstitutionellen Staaten mit

unter Abzügen von den geheimen Fonds wegen Misstrauens zum Ministerium vorkommen, so ist doch die gänzliche Streichung unerhört. Die Diskussion wird geschlossen. Der Referent, Abg. Klotz, bekräftigt den Antrag der Kommission. Im konstitutionellen Staat sei ein wesentlicher Grundlag, daß das Ministerium mit der Majorität im Einverständnis sei. Darauf ruhe das Prinzip aller verfassungsmäßigen Staaten. Der Antrag der Kommission (Streichung der geheimen Fonds) wird darauf mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Berlin, 26. Mai. Gestern Morgen traf der Admiral Prinz Adalbert aus Kiel hier wieder ein. Der Contreadmiral Jachmann ist gestern Abend von Berlin nach Kiel abgereist. — Wie verlautet, wird Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich Albrecht sich im Auftrag Sr. Maj. des Königs zum Beichbegängniß des verewigten Großfürsten-Thronfolgers nach St. Petersburg begeben. Der diesseitige Gesandte am kais. russischen Hofe, Geh. Rath Graf v. Redern, hat gestern die Rückreise auf seinen Posten nach St. Petersburg angetreten. — Gestern Abend verstarb hier im 79. Lebensjahr der Staatsminister a. D. v. Flottwell. — Dem Vernehmen nach ist in kurzer Zeit der Schluß des Landtags zu erwarten. — Im Hinblick auf die bekannten Reden Twesten's und Anderer in einer der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses haben die HH. v. Below und v. Frankenber-Ludwigsdorf im Herrenhause folgenden Antrag eingebracht:

Zu Erwägung: 1) daß der Bestimmung des Artikels 84 der Verfassungsurkunde, wornach die Mitglieder beider Häuser des Landtags für ihre Abstimmungen niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer (des Hauses) auf den Grund der Geschäftsordnung zur Rechenschaft gezogen werden können, — eine sowohl mit andern Bestimmungen der Verfassungsurkunde, als auch mit den bei der Abfassung der Verfassung vom 31. Jan. 1850 leitend gewesenen Grundsätzen im Widerspruch stehende Deutung gegeben worden; 2) daß hiernach aus der gedachten Bestimmung irrthümlich gefolgert wird, nicht allein die in den parlamentarischen Verhandlungen ausgesprochenen Meinungen, sondern auch die dabei vorgefallenen Personalinjurien, Verläumdungen und andere verbrecherische Thaten müßten straflos bleiben; 3) in Erwägung des hieraus entstehenden öffentlichen Aergernisses, der Schädigung hoher und höchster Obrigkeiten zum Nachtheil der allgemeinen Wohlfahrt des Landes und des mangelnden Schutzes gegen Rechtskränkung für den Einzelnen; 4) in Betracht der berechtigten Befürchtung, daß durch ein mehrfaches Vorkommen solcher straflos bleibenden Ausschreitungen das Ansehen der Landesvertretung in der öffentlichen Meinung herabgesetzt wird und damit die konstitutionelle Verfassung schließlich für Preußen unmöglich gemacht werden könnte; 5) endlich in Erwägung, daß es geboten ist, der im Land herrschenden Mißbilligung der wiederholten parlamentarischen Ausschreitungen einen Ausdruck zu geben, und daß es für das Herrenhaus ein wohlberechtigtes Verlangen im eigenen und im Landesinteresse ist, die Verfassung durch Aufrechterhaltung der Achtung vor der königl. Autorität zu sichern,

die königl. Staatsregierung zu ersuchen: im Wege der Gesetzgebung Vorkehrungen zu treffen, damit durch eine Deklaration des Art. 84 der Verfassungsurkunde künftig auch für Vorgänge innerhalb des Landtags die Geltung von Recht und Gesetz aufrecht erhalten werde.

Zwanzig andere Mitglieder des Herrenhauses unterstützen den Antrag.

Berlin, 26. Mai. „Zeidler's Korrespondenz“ sagt: Ein Wechsel im Generalkommando in den Herzogthümern sei bevorstehend. Mit den schleswig-holsteinischen Provinzialständen werde nur die Art der Zusammenziehung der künftigen Volksvertretung verhandelt werden. Die Vorlagen, welche letzterer zugehen würden, bezögen sich auf das brandenburgische, das oblenburgische, und das augustinburgische Erbrecht, auf die Stellung der Herzogthümer zu Preußen, und auf die Eventualität einer Theilung derselben.

Wien, 25. Mai. Es verlautet heute ein bemerkenswerthes Gerücht. Ihm zufolge würde Viktor Emanuel noch nach einer andern Richtung hin die Initiative zu einer Ausgleichung ergreifen haben, und würde Graf Revel — eine bekannte konservative Persönlichkeit, vor dem Kriege sardinischer Gesandter in Wien — mit der Mission betraut sein, dem König Franz II. ein eigenhändiges Schreiben seines Gebieters zu überreichen, und eventuell auf Grund dieses Schreibens weitere Verhandlungen einzuleiten. Die Nachricht kommt von einer dem gegenwärtigen Regime in Turin befreundeten Seite, und kann dadurch nur an Glaubwürdigkeit gewinnen; wenn sie trotzdem mit Vorsicht wird aufgenommen werden müssen, so mag sie doch immerhin nicht unbeachtet bleiben.

Wien, 26. Mai. Der Abschluß des Domänen-geschäfts zwischen dem Finanzminister v. Plener und der Kreditanstalt und Konforten steht unmittelbar bevor.

Wien, 26. Mai. (Fr. J.) Es heißt, Oesterreich werde, falls Preußen auf Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände nach dem Wahlgesetz von 1854 beharre, darauf eingehen, nur um eine Verzögerung der Einberufung zu vermeiden.

Italien.

Turin, 25. Mai. Gestern fand die Einweihung der Eisenbahn von Bari nach Brindisi statt. Die Prinzen der königl. Familie und die Bischöfe von Brindisi und Monopoli wohnten derselben bei.

Frankreich.

Paris, 26. Mai. Die letzten Nachrichten aus Algerien, datirt vom Fort Napoleon, den 25. Mai 1865, 5 Uhr Morgens, lauten:

Der Kaiser ist gestern Abend um 6 Uhr im Fort Napoleon angekommen, nachdem er das bestmögliche, malerischste und großartigste Land, das sich denken läßt, durchkreist hat. Von Tizi-Uzu an hatte sich die gesammte Bevölkerung von Groß-Kabylie, die aus ihren festungsartigen Dörfern in die Ebene heruntergekommen war, am Wege, den Se. Majestät nahm, aufgestellt. Bevor der Kaiser diesen Morgen abreist, wird er dem Gottesdienst in der Militärkapelle beiwohnen, dann aber sogleich nach Algier zurückkehren.

Der „Constitutionnel“ schreibt offiziös:

Unsere Vermuthungen sind in Erfüllung gegangen. Wir erfahren, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den Maßregeln ergriffen hat, alle Versuche ungesetzlicher Anwerbungen zu hindern und alle Antriebe aufzuhalten, welche mit Verletzung der Gesetze der Union zum Zweck hätten, Expeditionen von Emigranten gegen Mexiko vorzubereiten. Instruktionen in diesem Sinne sind an den Attorney der Vereinigten Staaten in New-York abgegangen, und dieser Agent hat sich bereit, die nothwendigen Verfügungen zu treffen zur sofortigen Ausführung der Befehle, die er erhalten hat.

In dem Gesetzgeb. Körper wird heute die Diskussion über die Präsekturrathe fortgesetzt.

Paris, 26. Mai. Der „Patrie“ zufolge hat die Königin von Spanien den Kaiser eingeladen, auf der Rückkehr nach Frankreich ihre Staaten zu passieren. Der Kaiser dankte sofort für diese Einladung mit dem Bemerken, daß sein Aufenthalt in Afrika ohnehin schon die Grenzen seines Programms übersteige. Se. Majestät wird zwischen dem 8. und 10. Juni in Toulon erwartet. — Gestern fand im Bré Catelan des Bois de Boulogne das Fest der deutschen Turner statt, zu welchem sich 400 Turner aus Basel, Darmstadt, Gelnhausen, Frankfurt a. M., Kehl, Leipzig, London, Sachsenhausen, Siegen, Stuttgart, Zürich und den deutschen Pariser Turnern angeschlossen hatten. Sowohl der Ordnungssinn als die gymnastischen Leistungen machten auf das Publikum, wohl 6 bis 7000 an der Zahl, einen großen Eindruck. Prof. Zöpfer hielt eine Rede über die Wichtigkeit des Turnens. Heute Abend findet ein Kommerz im Ballsaal vom Chlysé Montmartre statt, und morgen Abend wird Gottfried Kinkel, welcher eigens aus London kam, eine Vorlesung im Saale der Loge vom Grand Orient halten. — Die Wochenbilanz der Bank soll künftig an der Börse angeschlagen werden. Der heute im „Abend-Moniteur“ veröffentlichte Wochenausweis zeigt von zunehmender Stockung der Geschäfte. Der Metallvorrath stieg um abermals 10 Millionen, auf 486 Millionen, während die Wechselbestände von 505 auf 487, und die Banknoten-Zirkulation von 807 auf 803 Mill. fielen. — Zu Anfang der Börse wurde Hauffe gemacht. Rente wurde auf 67.47 1/2, Mob. auf 785 gehoben; gegen den Schluß trat jedoch ein empfindlicher Rückgang ein.

Spanien.

Madrid, 25. Mai. In der Deputirtenkammer erklärte der Minister des Auswärtigen: Das Budget bestimmte Turin als Domizil des spanischen Gesandten beim italienischen Hofe, weil König Victor Emanuel zu Turin residirte, als das Budget festgestellt wurde; im Ministerialrathe jedoch sei über eine anderweitige Residenz des Gesandten noch Nichts beschlossen. Der Minister fügte hinzu: Der Gehalt des Gesandten beim König Franz II. sei unterdrückt; aber aus Hochachtung für diesen werde ein Mitglied der spanischen Gesandtschaft in Rom die Rolle eines Vertreters Spaniens bei dem König übernehmen.

Niederlande.

Haag, 22. Mai. (Köln. Ztg.) Nachdem die Zweite Kammer die Zuckergesetze im Sinn der französisch-englisch-belgischen Konvention ohne wesentliche Modifikation, und die Medizinalgesetze ebenfalls mit Majorität angenommen hat, sind die Verhandlungen über die Abschaffung der städtischen Accisen im Gange.

Dänemark.

Kopenhagen, 22. Mai. (Nat.-Ztg.) Die offizielle „Departements-Tidende“ bestatigt die Abberufung des Kammerherrn Torben Bille, bisherigen Gesandten in London, und die Ernennung des Generals v. Bülow zu seinem interimsistischen Nachfolger. — Die sibirische Korvette „Erzherzog Friedrich“ ankerte bis vorgestern Morgen auf der Rade von Helsingör, und steuerte dann nach dem Kattegat. — Nach „Randers Avis“ wird im Lauf des Sommers in der Nähe von Viborg ein größeres Truppenlager von 10,000 Mann zusammengezogen werden. — Unter den Kandidaten für die zweite Reichsraths-Kammer befindet sich der ehemalige Minister für Holstein, Konferenzrath Raasbøff, welcher in Alborg aufzutreten wird. In der unmittelbaren Nähe Kopenhagens wird er um die Einführung der Gewerbefreiheit in Dänemark verbundene Staatsrath Otto Müller als Gegenkandidat gegen Hall aufgestellt. — Den in dem norwegischen Städtchen Christianssand bestatteten dänischen Gefallenen aus dem Helgolander Seegefecht ist am 14. d. M. ein Denkmal errichtet worden.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 25. Mai. (W. L. B.) Der „Monitorul oficial“ meldet, daß der Fürst Kufa mit Zustimmung seiner Gemahlin ein auf den Namen Alexander getauftes Kind als Sohn adoptirte, und bringt ein fürstliches Dekret, welches dem Engländer Ward wegen Nichterfüllung der von demselben eingegangenen Bedingungen die Konzession für die walachische Eisenbahn entzieht und die erlegte Kaution von 300,000 Franken für den Staatschatz verfallen erklärt.

Großbritannien.

London, 24. Mai. (Köln. Ztg.) Das auswärtige Amt hat von der französischen Regierung die vertrauliche Mittheilung erhalten, daß sie die Absicht gehabt habe, dem Gesetzgeb. Körper einen Gesandtenwurf behufs freier Eröffnung sämtlicher französischen Häfen für alle Nationen vorzulegen, daß die Vorlage aber auf die nächste Session verschoben bleiben müsse, und daß sie trotzdem hoffe, den betreffenden Gesandtenwurf am 1. Januar 1868 verwickelt ins Leben treten zu lassen. Eine weit unliebsamere Mittheilung ist dem auswärtigen Amt von Washington zugegangen. Wenn ich gut unterrichtet bin, ist per „Africa“ eine Depesche der dortigen Regierung eingetroffen, in welcher diese, mit Bezugnahme auf eine vorjährige Note, Ansprache auf Entschädigung für den durch konföderirte, in englischen Häfen gebaute, Kreuzer angerichteten Schaden an amerikanischem Privatguthum erhebt. Die Note soll in höflichem Tone gehalten sein, und dasselbe läßt sich von der Antwort voraus-

sagen, die nicht anders als ablehnend lauten kann. Diese Forderung und die Werbungen für Mexiko könnten zunächst die Wirkung haben, daß Frankreich und England sich über die Behandlung mehrerer internationalen Fragen unter einander inniger verständigen. — Nach Allem, was über die Wahlagitation in Westminster verlautet, ist die Erwählung von Stuart Mill daselbst noch lange nicht gesichert, obwohl sich Viele der Besten des Landes dafür interessieren. — Das Ministerium will noch vor Ablauf der Session dem Parlament eine Pension für die Wittve Cobden's abverlangen.

* London, 25. Mai. Dem Kongreß zu Washington ist ein Band diplomatischer Schriftstücke vorgelegt worden, welche sich über die Monate September, Oktober und November des vorigen Jahres erstrecken. Unter ihnen nehmen die zwischen den Vertretern der Vereinigten Staaten und der englischen Regierung gewechselten Depeschen eine hervorragende Stellung ein, und gewinnen augenblicklich eine um so größere Bedeutung, da sie als die Vorläufer zu der Note zu betrachten sind, welche, wie verlautet, vor wenigen Tagen von der amerikanischen an die englische Regierung ergangen, die vielerwähnten Entschädigungsansprüche für die durch südstaatliche und in brittischen Häfen ausgerüstete Kapereerschiffe dem amerikanischen Handel zugefügten Unbilden in unumwundener Weise geltend machen soll.

Die Korrespondenz wird mit einem Schreiben des amerikanischen Gesandten in London an Carl Russell eingeleitet; es ist vom 6. Sept. 1864 datirt, und hat seine ursprüngliche Veranlassung in dem Streitsache zwischen dem „Kearyfarge“ und der „Alabama“. Hr. Adams bemerkt in der Note, daß das Verfahren des Kapitän Winslow, der die Leute von der „Alabama“ auf Barolo entlassen habe, von seiner Regierung mißbilligt worden sei. Das Kabinett zu Washington — fährt er fort — könne nicht glauben, daß die britische Regierung der Handlungsweise des Kapitän Semmes oder des Eigenthümers des „Deerhound“ zustimmen wolle. Die „Alabama“ habe durchaus keinen nationalen Charakter besessen, als etwa denjenigen, welcher ihr aus dem Umfange anhafte, daß sie von brittischen Unterthanen in und aus brittischen Häfen gebaut, armirt und bemannt worden sei. Die Leute von der „Alabama“, welche von dem „Deerhound“ gerettet und innerhalb der brittischen Gerichtsbarkeit ans Land gesetzt worden, sollten den Vereinigten Staaten ausgeliefert werden. Zum Schluß fordert Hr. Adams von J. Majestät Regierung, fernere Expeditionen zu verhindern, und sagt, Präsident Lincoln sei weit davon entfernt, in dem Verhalten Großbritanniens Ursachen der Aergerniß oder des Anstoßes zu suchen, sondern wünsche nur das zu erreichen, was auf gleich zwingende Gründe hin gewährt sein würde, wenn das Verhalten der Parteien ein umgekehrtes wäre.

Carl Russell gibt in seinem Antwortschreiben vom 26. Sept. zu, daß die „Alabama“ theilweise in einem brittischen Hafen ausgerüstet worden sei, fügt jedoch hinzu, daß sie heimlicher und betrügerischer Weise ausgehauert sei und ihre Equipirung in einem auswärtigen Hafen vervollständigt habe. Der Eigenthümer des „Deerhound“ habe eine rühmliche That gethan, indem er einen Theil der Mannschaften der „Alabama“ gerettet habe; und da die Hilfeleistung auf Ersuchen des Kapitän Winslow geschehen sei, so habe keine Verpflichtung vorgelegen, die Geretteten auszuliefern. Carl Russell stellt im Namen der Regierung Ihrer Majestät jede Verpflichtung, Kriegsgefangene, welche, aus der Gewalt eines Kriegsführenden entkommen, auf das Gebiet eines Neutralen Zusticht genommen hätten, auszuliefern, in Abrede. Uebrigens möge Hr. Adams sich überzeugt halten, daß keine geeignete Maßregel unterbleiben werde, um die Ausrüstung unstatthafter Expeditionen zu verhindern, wie dies schon die Befehlsgabnahme der Panzerfahrzeuge beweise. Carl Russell schließt mit einer Bemerkung, deren Spitze sich in der Folge gegen ihn selbst kehren sollte: „Ich kann mich nicht enthalten, darauf hinzuweisen, daß Ihrer Majestät Regierung mit viel besserem Erfolg Neutralitätsverletzungen zu verhindern genöthigt hat, was die Ausrüstung von Kapereerschiffen, die an dem Bürgerkrieg in Nordamerika Theil nehmen sollten, angeht, als die Regierung der Vereinigten Staaten im Stande gewesen ist, die Ausrüstung von Kriegsschiffen zu verhindern, die der südamerikanischen Republik in ihrem Aufstand gegen Spanien — welche Macht jener Zeit in der Lage einer gegen Empörer einschreitenden neutralen Macht war — zu Hilfe kommen sollten.“

Auf dieses tu quoque läßt Hr. Adams sich in seinem Schreiben vom 10. Noobr. (welches sich hauptsächlich auf die von dem Kapitän Semmes auf dem neutralen Gebiete Englands betriebene Ausrüstung eines neuen Schiffes bezieht, des bekannten Sea King, nachherigen Schenandoah) folgen. Er verneint, daß es zeitgemäß, jetzt noch auf eine vergleichende Untersuchung der Verfahrungsweisen der beiden Regierungen in jenen weit verschiedenen Stadien ihrer Lage einzugehen und zu prüfen, wie sie sich unter schwierigen Umständen ihrer Neutralitätsverpflichtungen entledigt haben, so scheint es mir doch nicht, daß der Ausfall des Vergleiches das Urtheil über die Unzulänglichkeit der Pflichterfüllung von der einen oder der anderen Seite wesentlich ändern würde. Glücklicher Weise aber bin ich der Nothwendigkeit fernere Diskussion entbunden, indem ich Ew. Lordschafft auf einen Punkt hinweisen kann, der Ihrer Aufmerksamkeit entgegen zu sein scheint. Wie weit in dem angeführten Beispiel die Vereinigten Staaten auch immer hinter ihrer Pflicht zurückgeblieben sein mögen, so ist doch dafür der spanischen Regierung Entschädigung geleistet worden; und kraft Unterzeichnung eines feierlichen Vertrages hat Spanien aus freien Stücken und im ganzen Umfang seine Ansprüche als befriedigt anerkannt. Sobald Ihrer Maj. Regierung sich bereit erklären wird, die Parallele bis zu Ende wahrzunehmen, mag das Beispiel gegen die Vereinigten Staaten angeführt werden, eber aber nicht.“ Hr. Adams bemerkt zum Schluß, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich in der Lage sehe, bei den verschiedenen Punkten, die sie bisher in Bezug auf diese peinlichen Verhandlungen festgehalten, verharren zu müssen; „ich habe ferner die Meinung, Ihnen des Präsidenten Bedauern auszudrücken, daß bisher die Anstrengungen nicht von Erfolg begleitet worden sind, welche dazu dienen sollten, ein Mißverständnis zwischen den beiden Ländern abzuwenden in Betreff eines Punktes, welchen das amerikanische Volk als einen die Ehre und Würde der Nation ernstlich affizirenden zu betrachten Grund hat.“

Auf das Ersuchen Hr. Adams, daß die englische Regierung drei in Dover von der amerikanischen Fregatte „Triton“ entlaufene Deserteure ausliefern möge, erwiederte Carl Russell, daß die Regierung nicht die gesetzliche Macht habe, dies zu thun. Mit Bezug auf diesen Bescheid äußert der Flottensekretär Hr. Welles in einem Schreiben an Hr. Adams: „Die von den Behörden in Dover befolgte Handlungsweise, daß diese Deserteure in Freiheit gesetzt worden

sind, wird notwendiger Maßen uns zur Rücksicht dienen müssen und uns so der großen und fortbauenden Anschuldigungen in Betreff der Auslieferung von Seeluten, die zu uns kommen, entheben.“

In der Depesche vom 24. Okt., welche die Kündigung des Gegenseitigkeitsvertrags enthält, lenkt Hr. Seward die Aufmerksamkeit des Hrn. Adams auf die feindseligen Pläne, welche in Canada gegen die Vereinigten Staaten geschmiedet wurden, und betont die Unzulänglichkeit der brittischen Neutralitätsakte. Die Weigerung der brittischen Regierung, diese Akte zeitgemäß zu verbessern, mache einen Schritt, wie die Aufhebung des Vertrags, welcher die Regierung der Vereinigten Staaten in Bezug auf den Schutz ihrer Grenzen beeinträchtigt, jetzt zu einer Nothwendigkeit. Hr. Seward bemerkt über das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Canada: „Die Wohlfahrt der brittischen Provinzen wird von uns eben so sehr gewünscht, wie von der brittischen Regierung. Praktisch sind diese Provinzen eine Quelle des Reichthums und der Macht für die Vereinigten Staaten, obwohl sie unter fremder Herrschaft stehen. Wir haben bewiesen, daß dies unsere aufrichtige Ueberzeugung ist, indem wir in Beziehungen wechselseitigen Handels eintraten, Beziehungen, welche kaum weniger intim sind, als die zwischen den einzelnen Staaten der Union selbst obwaltenden. Wir haben uns stets mit diesen Beziehungen begnügt, und werden dies voraussichtlich immer thun, ob die Provinzen mit Großbritannien verbunden bleiben, oder mit des Letztern Zustimmung ihre Regierung in eigene Hand nehmen, so lange beiderseits Freundschaft geübt wird; damit dies geschehe, muß an den Grenzen Friede sein. . . In den brittisch-amerikanischen Provinzen ist politische Agitation eben so häufig wie bei uns. Es läßt sich nicht leicht voraussehen, wie bald revolutionäre Bewegungen dort ausbrechen treten werden. Jede den Amerikanern der Vereinigten Staaten jetzt gegebene Provoaktion kann dann als Präcedenzfall angesehen werden, um einen Einsall von dieser Seite der Seen zu rechtfertigen. Wäre es nicht zeitgemäß, jetzt ein geeignetes System aufzurichten, um solche Ausschreitungen zu unterdrücken, ein System, welches beiden Ländern bernahe ein Feld der Sicherheit sein würde?“

London, 26. Mai. (W. L.-B.) Im Unterhaus erwiedert Lord Palmerston auf eine Anfrage des Sir John Walsh, die Korrespondenz mit den Vereinigten Staaten wegen der konföderirten Kreuzer dauere ein beiderseitig freundschaftliches Töne fort; eine neue Depesche sei kürzlich eingelaufen. Derselbe antwortet auf eine Anfrage des Hrn. Barter: das Zusammenwirken Englands und Amerika's gegen den Sklavenhandel sei durch den Bürgerkrieg gehindert gewesen, würde aber hoffentlich eheftens stattfinden.

Ueberlandpost.

* Alexandria, 25. Mai. Nachrichten von Peking vom 15. April besagen, daß die zeitweilige Ungnade des Prinzen Kong durchaus in keinem Zusammenhang mit der äußern Politik stand. Sie hatte ihren Grund in Handlungen der Besetzung und Mangel an Ehrfurcht vor dem Kaiser.

Man meldet aus Yokohama unterm 13. April, daß der Taktik es vorzieht, den Europäern einen Schabenersatz zu zahlen, statt ihnen das Meer von Simonsaki zu öffnen. Ein anderes Unternehm, welches in den Nord der beiden Engländer Bodwin und Bird verwickelt ist, ist verhaftet worden.

Amerika.

Neu-York, 11. Mai. Sherman entließ nach der Uebergabe Johnston's fast seinen ganzen Stab, und ritt, von einer Ordonanz begleitet, auf eine Inspektionsreise nach Charleston und Savana. Unter den bekannteren freiwilligen Generalen haben Burjise und Schurz bereits ihren Abschied eingereicht, andere werden bald folgen, und in der That laufen jeden Tag Abschiedsgeluche ein, gestern allein 500 Resignationen von Stabsoffizieren, da am 15. d. M. mit der Ausmusterung aller entbehrlichen Offiziere begonnen werden soll. Nirgendwo kommt auch nur die leiseste Unordnung vor. Das Volk jubelt ob der Rückkehr des Friedens, und die siegreichen Soldaten sind froh, daß ihnen endlich nach vierjährigem Kriege die Ruhe in der Heimath winkt. Sie sind hier doppelt willkommen, da für Hunderttausende von fleißigen Händen lohnende Beschäftigung vorhanden ist.

* Neu-York, 17. Mai. Hr. v. Monttholon sprach, indem er dem Präsidenten seine Beglaubigungsschreiben überreichte, den Wunsch des Kaisers für die vollkommene Wiederherstellung des Friedens auf dem amerikanischen Kontinent aus. Er sagte, Frankreich werde stets mit Genugthuung die Befestigung des Wohlergehens und der Größe der Vereinigten Staaten sehen, und fügte hinzu: „Von einem tiefen Gefühl der Sympathie für die Amerikanische Union befeelt, nehmen Ihre Majestäten und Frankreich, in Gemeinschaft mit den andern Nationen, Antheil an dem Schmerz, den ein abscheuliches Verbrechen der Regierung und dem Volk der Vereinigten Staaten bereitet hat.“ Hr. Johnson antwortete:

Das Vertrauen, dessen Sie bei dem Oberhaupt Ihrer Regierung genießen, kann nicht verfehlen, Zutrauen zu Ihren Worten bezüglich der Politik zu erwecken, welche der Kaiser beabsichtigt, den Vereinigten Staaten gegenüber zu verfolgen. Die Vereinigten Staaten begen für Frankreich eine traditionelle Sympathie, die nur fortwähren kann, sich zu verbessern und mehr auszudehnen; denn es könnte ihr nicht anders Einhalt gethan werden, als durch ganz außergewöhnliche Zufälle, die außerhalb der gewöhnlichen Berechnung liegen.

Hr. Johnson sprach schließlich seine Hoffnung aus, die Mission des Hrn. v. Monttholon werde das gute Einverständnis, welches zwischen den beiden Regierungen besteht, stärken und dauerhafter machen.

* Neu-York, 17. Mai. Die Kavallerie Wilson's hat am 10. d. zu Truinville Jefferson Davis mit seiner Frau, seinem Bruder und seiner Schwester, ferner Regan, den Direktor des südstaatlichen Postwesens, und die Obersten Harrison, Johnson, Morris, Sybbeck und andere Stabsoffiziere gefangen genommen. Eine Depesche Wilson's besagt, daß Davis, als er sich überrascht sah, Frauenkleider anzog, und sich in ein Gehölz flüchtete, wohin ihn die Soldaten verfolgten. Anfangs versuchte er, sich mit einem Messer zur Wehr zu setzen, ergab sich jedoch, als man ihn durch ein vorgehaltenes Pistol bedrohte. Die Neu-Yorker „Times“ versichert, er werde ins Fort Lafayette gebracht werden, und ertheilt den Rath, ihn, um dem Aufstand Schmach anzuthun, dem Henter zu überantworten. Auch der „Herald“ glaubt

nicht, daß Davis dem Tod entgehen werde. Die „Tribune“ hofft, daß er unter dem Schutz der Würde und Ehre des amerikanischen Volkes als Gefangener (Kriegsgefangener?) behandelt werden werde.

Die in dem Verschöndungsprozeß vernommenen Zeugen erklären, Booth in Canada mit Saunder in Unterredung gesehen zu haben. Ebenso soll Booth in Virginia mit südstaatlichen Offizieren geheime Zusammenkünfte gehabt haben. Alle Gefangenen liegen in Eisen. In Louisiana und in Texas werden zur Fortsetzung des Krieges Meetings abgehalten. Die Unionisten bereiten in Neu-Orleans eine Expedition gegen Texas vor. Die Gouverneure Brown von Georgien und Vance von Nordcarolina sind verhaftet worden.

Wie die „France“ telegraphisch erfährt, soll der Präsident Johnson jetzt eingesehen, daß er sich geirrt habe, als er Jefferson Davis der Mitschuld an der Ermordung Lincoln's bezichtigte.

* Aus Mexiko melden Brownviller Blätter vom 22. April, daß eine Schar Kaiserlicher, 1100 Mann, von Monterey in Matamoros angekommen sei, nachdem sie in einem Gefecht gegen Negrett zum Rückzug gezwungen worden. Negrett habe die Stadt Monterey besetzt. Nachrichten aus Vera-Cruz vom 2. Mai (über Havannah) bestätigen die Okkupation von Monterey und außerdem von Saltillo durch die republikanischen Truppen; den Franzosen und den Kaiserlichen war eine Kontribution von 150,000 Doll. auferlegt worden. Es verlautete, Juarez wolle in Monterey den Sitz seiner Regierung aufschlagen. In Negrett's Korps befanden sich angeblich schon 250 Abenteurer aus den Vereinigten Staaten. Die Siege der Unionstruppen hatten die Zuversicht der Republikaner in Mexiko sehr erhöht. Maximilian empfing die Kunde von der Kapitulation Vee's am 21. v. M. in Orizaba; er kehrte sofort nach der Hauptstadt zurück und fertigte den Chef seines Kabinet's nach Washington ab. Mehrere von Maximilian angestellte Gouverneure und Offiziere haben sich gegen ihn ausgesprochen. — Der Neu-Yorker „Herald“ berichtet außerdem noch, daß die Belgier von den Republikanern, welche Periania, eine Stadt in der Nähe von Morelia, besetzt hatten, geschlagen worden seien. Bedeutende französische Truppenmassen seien auf dem Wege nach Matamoros. Juarez habe ein Repressaliendekret erlassen, kraft dessen ein im vorigen Winter gefangen genommener französischer Schiffskommandeur zur Vergeltung für die Erschießung Romero's hingerichtet werden soll.

Vermischte Nachrichten.

— Frankfurt, 26. Mai. (F. Z.) Am 24. Mai verschied die durch ihre streng religiöse Richtung und durch die reiche werthvolle Unterföhung, die sie Armen und der katholischen Kirche angedeihen ließ, in weiten Kreisen bekannte Frau Kath Sophie Schloffer, geb. du Fay, auf ihrer Besichtigung, dem St. Neuburg bei Heidelberg, in einem Alter von 78 Jahren.

— Vom Rhein, 25. Mai. (Fr. P.-Bl.) Eine sichere Nachricht über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit der Königschen Erzbißschoss-Wahl hat man noch nicht. So viel weiß man nur, daß zwischen Rom und Berlin darüber verhandelt wird. In der Kapitulationsurkunde vom 26. Apr. kamen die einander widersprechenden Zuschriften zur Sprache, die Seitens des päpstlichen Stuhls und des preussischen Kultusministeriums beim Domkapitel eingegangen waren. In der erstern war die ganz freie Wahl dem Kapitel restituirt; in der letztern war die Wahl in der Art beschränkt, daß die frühere Liste ausgeschlossen und eine ganz neue Liste aufgestellt werden sollte. Das Kapitel hat sich von Rom Aufklärung erbeten; letztere ist unseres Wissens bis jetzt noch nicht erfolgt.

— Wie das „Dresden Journ.“ erfährt, ist auf eine aus dem Hauptbureau des Wohnungsauflusses für das in Dresden bevorstehende große Sängerbundes-Fest nach Wien gerichtete Anfrage gestern von dort die offizielle Mittheilung zurück gelangt, daß das k. k. Kriegsministerium gern bereit sei, dem Wohnungsauflusse für das Sängerbund-Fest 15,000 Stück vollene Lagerdecken leihweise zu überlassen, welche aus den kais. Militärmagazinen zu Prag, Leitmeritz und Wien geliefert werden sollen.

— Bremen, 26. Mai. (Mannh. Journ.) Für das 2. deutsche Bundesfest sind aus Baden folgende Ehrengaben eingegangen oder angemeldet: von der Schützengesellschaft Mannheim ein Ordonanzkruze, Werth 33 Thlr. Gold, von Schützen derselben Gesellschaft ein Ehrenpreis, Werth 75 Thlr. G., von der Schützengesellschaft Baden 6 silberne Bekede, 44 Thlr. G., von der Schützengesellschaft Laßr ein Feldstutzen, 50 Thlr. G.

— Kiel, 23. Mai. (Hensb. Nordb. Bl.) Das Verhältnis zwischen der hiesigen Bevölkerung und dem Militär scheint schon seit langer Zeit nicht das beste zu sein, und offenbar ist es durch die Affaire in der dänischen Straße, obwohl die damaligen Rädelsführer ernstlich bestraft sind, nicht besser geworden. In der Nacht von Sonntag auf Montag geriethen im Lokal des Wirths zum „Englischen Garten“ Zivilisten und Militärpersonen abermals aneinander. Die Soldaten machten sofort von ihren Seitengewehren Gebrauch, und es entstand eine Schlägerei, die sehr ernsthafte Verwundungen zur Folge hatte. Die Wuth war so groß, daß selbst ruhig Vorübergehende (wie das Gerücht behauptet) angefallen und mißhandelt wurden. Mehrere Zivilisten sind arretirt und eine Untersuchung ist eingeleitet.

— Trief, 24. Mai. Die kolossale Panzerfregatte „Terbinand Mar“ ist heute glücklich vom Stapel gelaufen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

26. Mai.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27.11.49	+12.0	S.W.	schw. bew.	heiter, kühl
Mittags 2 . .	10.90	+13.0	West	„ „	Sonnensch., warm
Nachts 9 . . .	10.90	+13.5	„ „	„ „	heiter, mild

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kronlein.

Großherzogliches Hoftheater.
Sonntag 28. Mai. 3. Quartal. 73. Abonnementsvorstellung. Wegen Unpäßlichkeit der Frau Braunhofer statt der angekündigten Vorstellung „Die Hugenotten“: Der fliegende Holländer; Oper in 3 Akten, von Rich. Wagner.

3.r.150. Karlsruhe. Dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben Sohn und Bruder, Karl Gehres, Ingenieur, heute früh 3 1/2 Uhr nach langen Leiden in ein besseres Leben abzurufen. Um stille Theilnahme bitten Die tiefgebeugten Hinterbliebenen.

3.r.152. Meersburg. Anwärter Freunde und Bekannte setze ich auf diesem Wege in Kenntniß, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meine innigst geliebte unvergeßliche Gattin, „Mina, geb. Derndinger“, nach längerem Kranksein unterm 19. d. M. nach zurückgelegtem sieben- und zwanzigsten Lebensjahre in ein höheres Leben abzurufen, und bitte um stille Theilnahme an diesem schweren Verluste. Meersburg, den 24. Mai 1865. Heuberger, groß. Kontrolleur.

3.r.145. Freiburg. Theilnehmenden Freunden und Bekannten theilen wir die betrübende Nachricht mit, daß unser innigst geliebter Vater, der pensionirte Hofgerichtssekretär Franz Blaise dahier, am 24. L. M. in Folge eines Hirnschlags plötzlich verschieden. Freiburg, den 26. Mai 1865. Die trauernden Söhne: Oscar Blaise, Apotheker. Arthur Blaise, Kameralpraktikant.

3.r.136. Heidelberg. Unsere Verwandten und Freunde setzen wir in Kenntniß, daß unser geliebter Gatte, Bruder und Schwager, der großherzogliche Obergerichtspräsident Dr. Johann Baptist Kappler, in einem Alter von noch nicht vollendeten 65 Jahren, nach mehrmonatlichen Leiden heute früh 7 1/2 Uhr sanft verschieden ist, und bitten um stille Theilnahme an diesem herben Gescheh. Heidelberg, den 25. Mai 1865. Elise Kappler, geborne Löw, Rechtsanwält Gustav Kappler, Oberhofgerichts-Kanzleirath a. D. Dr. Karl Anton Löw.

3.r.146. Karlsruhe. Die Telephonstationen Petersthal, Griesbach und Rippoldsau werden am 1. Juni d. J. für die Dauer der Baupause dem allgemeinen Telephonverkehr mit beschränktem Tagesdienst wieder eröffnet werden. Karlsruhe, den 23. Mai 1865. Direktion der großh. Telephonanstalten. Zimmerer. Lorenz.

3.r.134. Bittligheim. „Chre, wem Chre gebührt.“ Unterzeichnet hat einen Sohn von 14 Jahren, den er wegen Augenleiden schon 12 Jahre in ärztlicher Behandlung hatte. Derselbe war mitunter Wochen, ja einmal 2/3 Jahre lang blind. Während dieser langen Zeit waren alle Kuren erfolglos. Sein guter Freund, Herr Handelsmann H. Kaufmann von hier, auch Jahrzehnte lang sehr schwer augenleidend, wandte sich an Herrn Dr. Höder in Heidelberg und wurde in ganz kurzer Zeit vollständig geheilt. Auf dessen Empfehlung hin entschloß sich der Unterzeichnete, noch eine geraume Zeit abzuwarten, ob das Augenleiden auch dauernd geheilt sei, und nachdem nach 1 1/2 Jahren sich sein Freund, auch bei angestrengter Thätigkeit, ganz gesunder Augen erfreut, brachte derselbe seinen Sohn in die Augenheilanstalt des Herrn Dr. Höder in Heidelberg und hatte die hohe Freude, denselben innerhalb 14 Tagen ganz gut geheilt abholen zu können. Diese wenige Zeilen zum Troste und Wegweiser für Augenleidende, wie zur Anerkennung für Herrn Dr. Höder und dessen Assistenzarzt Herrn Landherr in Heidelberg. Bittligheim, den 24. Mai 1865. H. Schnupp, Hauptlehrer.

3.r.22. Nr. 2556. Ferrara. **Wiesenthal-Bahn.** Mit Beschluß des Verwaltungsrathes vom 16. L. M. wurde die 1te ordentliche Generalversammlung auf **Mittwoch den 31. Mai, Vormittags 11 Uhr,** in den Gasthof zum Hirschen in Ferrara festgesetzt und folgende Tagesordnung aufgestellt: 1) Mittheilung des letzten Protokolls, 2) Bericht der Rechnungsrevisoren und Neuwahl derselben für die nächste Periode, 3) Behandlung des Jahresberichts. In dem wir die Herren Aktionäre hierzu ergebenst einladen, theilen wir denselben mit, daß die Eintritts- sowie Fahrkarten bezogen werden können in **Basel** bei Herrn Bischoff zu St. Alban, **Lörrach** bei Herrn W. Flüger, **Schopfheim** bei Herrn C. W. Grether, an welchen Orten auch der Jahresbericht zur Abgabe bereit liegt. Ferrara, den 18. Mai 1865. Direktion der Wiesenthal-Bahn.

3.r.148. Karlsruhe. **Bekanntmachung.** Kapitale auszuliehen. Auf hinreichende Versicherung in Gebäuden, Gärten oder Gütern sind in erster Hypothek Darlehen von beliebiger Größe gegen Verzinsung von 4 1/2% zu haben. Näheres bei großh. Generalwittwenkassen in Karlsruhe im Hause Nr. 146 der Langenstraße im untern Stock.

3.v.987. Karlsruhe. **Der Landesauschuß des Vereins badischer Feuerwehren (Feuerwehrtag und Ausstellung in Leipzig).**

Nach Beschluß der im Jahr 1862 zu Augsburg stattgehabten 5ten deutschen Feuerweh-Verammlung soll in diesem Jahr in Leipzig der 6te allgemeine deutsche Feuerwehrtag abgehalten werden. Der Ortsauschuß zu Leipzig hat beschlossen, mit diesem Feuerwehrtage, welcher vom 19. — 23. August d. J. stattfinden soll, eine **Feuerwehr-, Rettungs- und Löschgeräthschaften** zu verbinden. Diese Ausstellung wird in den Tagen vom 17. — 24. August geöffnet bleiben, und erlauben wir die Fabrikanten und Gewerbetreibenden, welche sich mit Anfertigung von Feuerweh-, Rettungs- und Löschgeräthschaften befassen und sich an dieser Ausstellung zu betheiligen gedenken, dieses in thunlichster Weise mitzutheilen, um mit dem dortigen Ortsauschuß sich in dem Interesse der Aussteller benehmen zu können. Gleichseitig erlauben wir die Herren Kommandanten der untern Vereine angehörigen Corps, uns gefälligst anzuzeigen, ob und wie viel der Corpangehörigen an diesem Feuerwehrtage Theil nehmen werden, um für deren Quartiere besorgt sein zu können.

Der Präsident Stempf. Kassier. Dischner. **3.r.144. Karlsruhe.** Gegen Rückgabe meiner Bescheinigungen können die 3% Oest. Staatsbahn-Obligations, mit neuen Coupons versehen, bei mir erhoben werden. **Karlruhe, 23. Mai 1865. Veit L. Homburger.**

3.v.940. Bad Rippoldsau im badischen Schwarzwald ist zum Kurgebrauch für die Saison 1865 wieder eröffnet. Die Rippoldsauer Mineralquellen gehören zu den fruchtigsten salinischen Eisenquellen Deutschlands; ihre Wirkungen sind bei verschiedenem Eisengehalt stärkend, zugleich leicht eröffnend und haben nach vielfährigen Erfahrungen ihre Wirksamkeit bewährt bei Verdauungsbeschwerden, Verschleimung, Magenleiden, Leberleiden, Hämorrhoiden, Störungen im Unterleib, bei Schwächezuständen der Geschlechtsorgane, nach reichem Kinderleiden und Fehlgeburten, Bleichsucht, in langwierigen Reconvalenzen nach vorausgegangenem schweren Kranksein. Die erfrischende, aromatische Wald- und Gebirgsluft des 2000' hoch gelegenen Kurortes, die reizende Lage desselben in einem vor rauhen Winden geschützten Gebirgsthale, die ausgebreiteten Löss- und Fichtenswaldungen üben nach dem Urtheil der Ärzte den günstigsten Einfluß auf Kranke mit erhöhter Nervenreizbarkeit und mangelhafter Blutbeschaffenheit aus. Die **Naatronerle, Ziegenmilch, Kiefernadel-, kohlensaure Gas- und Dampfbäder** sind weitere Unterhaltungsmittel für die Kur. Durch die Fassung einer neuen reichhaltigen **Badquelle**, sowie durch die neue **Erwärmungsmethode der Bäder** mittelst Dampf hat Rippoldsau nun allen zeitgemäßen Anforderungen entsprochen, und ist durch diese bedeutenden Verbesserungen so zu sagen neu gestaltet in die Reihe erster Kuranstalten eingetretet. Der großh. Badearzt, Herr Medizinalrath **Feyerlin**, besorgt die ärztliche Leitung und beantwortet ärztliche Anfragen. **Reiselegenheit** mittelst Postomnibus von Station **Offenburg** durch das Kingithal oder von Station **Appenweier** durch das Renththal. Rippoldsau, im Mai 1865. **Fritz Gdringer, Badeigentümer.**

3.r.129. Ludwigshafen a. Rh. und Mannheim. **Bonner Portland-Cement.** (Preismedaille der Ausstellung zu London 1862.) Die ausgezeichnete Qualität dieses Cements ist längst anerkannt und wird derselbe nicht nur dem englischen Cement gleichgestellt, sondern zu sehr wichtigen Arbeiten sogar dem letzteren vorgezogen; überhaupt wird Niemand einen besseren und frischeren Portland-Cement zu liefern vermögen, als wie der Bonner ist. Seit Mitte Mai bedeutende Preisermäßigung. Mein Dampfboot bringt fast wöchentlich frische Sendungen für meine Lager an. Ludwigshafen a. Rh. & Mannheim, im Mai 1865. **S. Lederle.**

3.r.89. Ueberlingen. **Wohnungsvermiethung.** In einem Landhause, fünf Minuten vom Bade, sind im zweiten Stock 4 Zimmer mit reizender Aussicht an Badestelle ohne Kinder zu vermieten. Auf Verlangen kann auch die Kofe im Hause selbst bezogen werden. Nähere Auskunft bei der Expedition d. Blattes. **3.r.135. Heidelberg.** **Fünfzig Gulden Belohnung.** Auf einen Handplan als Theil eines im Jahr 1805 angefertigten Kaufbriefs, Käufer Stephan Landfried, über ein Auenstücklein am Klingenberg — an seinem Hause — ausgenommen von Heller — registriert 3356 — habe ich Werth zu setzen; derselbe findet sich aber nicht bei meinen Handakten, auch soll es nicht auf der Gemeindebibliothek gefunden werden. Ich lege deshalb fünfzig Gulden Belohnung demjenigen, der mir den Fundort sicher nachweisen kann. Pflanzliche Papiere kamen um das Jahr 1843 nach Karlsruhe. Heidelberg, den 22. Mai 1865. **Franz Jac. Landfried.**

3.v.764. Karlsruhe. **Münchener Lagerbier vom Spatenbräu** empfiehlt en gros **C. Däschner.** **3.r.86. Rastatt.** **Hausverkauf.** Ein zweistöckiges, von Stein gebautes Haus, in der frequenten Lage, nebst freistehender, mit Calorischer und Walmaschine eingerichteter Waffelfabrik, von Stein gebaut, und mit gedecktem Hofe, sowie nebenliegendem Gemüsegarten ist zu verkaufen. Das Wohnhaus wird nach Verlangen auch getrennt von der Fabrik abgegeben. Einige Stunden im Umkreise von Rastatt ist kein derartiges Konkurrenzgeschäft. Rastatt. **Wilhelm Reichert.**

3.r.147. Nr. 2395. Karlsruhe. **Bekanntmachung.**

Der diesjährige Gras- und Schindelmehrs an den Eisenbahnstationen der Strecke **Karlsruhe-Mannheim** Dienstag den 30. d. M., **Karlsruhe-Bruchsal** Mittwoch den 31. d. M., **Karlsruhe-Muggensturm** Samstag den 3. Juni, **Muggensturm-Dax** Dienstag den 6. Juni auf der Bahnhalle selbst öffentlich veräußert; wozu Auftragsende mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß die Verhandlungen am 30. und 31. v. M. und 3. L. M. am Bahnhof zu Karlsruhe und am 6. L. M. am Bahnhof zu Muggensturm, Morgens 8 Uhr, beginnen. Karlsruhe, den 27. Mai 1865. Großh. Eisenbahnamt. **Surg. Frank.**

3.r.402. Nr. 12859. Karlsruhe. (Bekanntmachung.) Unter D. 3. 186 des Firmenregister wurde durch Beschluß vom heutigen eingetragene die Firma **John W. Thompson** in Karlsruhe, Inhaber der Firma **John Wilhelm Mattoz Thompson** betreibt ein Parfums- und Parfümeriegeschäft, und lebt in gesetzlicher Gütergemeinschaft. Karlsruhe, den 13. Mai 1865. Großh. bad. Amtsgericht. **V. Vincenti.**

3.r.179. Nr. 3664. Vorberg. (Veröffentlichung.) Da **Genofeva Hartmann** von Vorberg der Aufforderung großh. Weirksamkeit Krautheim vom 6. August 1863, Nr. 5442, keine Folge geleistet, wird dieselbe für verfallen erklärt und deren Vermögen den erbberechtigten Verwandten in fürsorglichen Besitz gegeben. Vorberg, den 16. Mai 1865. Großh. bad. Amtsgericht. **Büchner.**

3.r.122. Nr. 6720. Engen. (Diebstahl und Fahndung.) In der Nacht vom 4. auf den 5. d. Mts. wurden zu Aintenhäusern, Gemeinde Zimmern, folgende Gegenstände entwendet: 1) Dem Dienstmacht **Johann Hieronimus** eine messingene Tischuhr, ziemlich groß, mit einfachem Gehäuse, weisem Zifferblatt, deutschen Zahlen und einem zerbrochenen Glas, Werth 3 fl. 2) Dem Dienstmacht **Johann Frank** 1 schwarzer Füllhut mit niedriger runder Krone und etwa 3 Zoll breiter Krempe mit einem schwarzseidenen Band, Werth 3 fl. 3) Dem Schäfer **Christian Vogt** 1 Paar braune Hosen von Buckskin, noch gut erhalten, Werth 3 fl., und eine noch neue Weste von dunkelgrünem Buckskin, Werth 3 fl. Dieses Diebstahls ist der 24 Jahre alte **Samuel Scherle** von Niebheim, Königl. württemb. Oberamt Luttingen, angeschuldigt. Wir bitten, auf das Entwendete, sowie den Thäter zu fahnden und den Letztern im Betreffungsfall gefänglich anher einzuliefern. Zugleich wird derselbe aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen darüber zu stellen, widrigenfalls das Erkenntniß nach Lage der Urtheile gefällt würde. Engen, den 23. Mai 1865. Großh. bad. Amtsgericht. **Cepf.**

3.r.153. Nr. 769. Laß. (Erledigte Gehilfenstelle.) Die diesjährige erste Gehilfenstelle mit einem Gehalt von 500 fl. ist erledigt, und soll in kürzester Frist wieder besetzt werden. Hiezu Berücksichtigung werden ersucht, sich zu melden. Laß, den 27. Mai 1865. Großh. Domänenverwaltung und Forstkasse. **Kavallio.**

Staatspapiere.		Anlehens-Lose.	
Per compt.	Per compt.	Per compt.	Per compt.
Deferr. 50% Met. i. S. b. R.	—	G. Hoff. 3 1/2% Obligation.	97 1/2 P.
50% do. in holl. St.	—	Rasau. 50% Obl. b. Rothsch.	—
50% do. 1852 i. H.	80 1/2 P.	4 1/2% do.	102 1/2 P.
50% do. 1859 „	78 1/2 bez.	4% do.	99 1/2 P.
50% do. 1864 „	76 P.	3 1/2% do.	91 1/2 P.
50% Lomb. i. S. b. R.	91 1/2 G.	4 1/2% Obl. Rthfr. a. 105	99 1/2 P.
50% Venet. i. S. b. R.	86 1/2 G.	3 1/2% do. b. R. a. 105	93 1/2 P.
50% Nat. Anl. 1854	68 1/2 G.	4 1/2% do. R. a. 105	89 1/2 P.
50% Met. Obligation.	64 1/2 G.	4 1/2% do. a. 105 fr. b. G.	—
50% do. 1852 i. S. b. R.	64 1/2 G.	Frankf. 3 1/2% Obligation.	95 1/2 P.
4 1/2% Met. Obligation.	57 1/2 P.	do.	91 P.
3 1/2% do.	—	Hußb. 50% Obl. in v. a. fl. 12	89 1/2 P.
4 1/2% do.	102 bez.	Kimbd. 4 1/2% Obl. i. R. a. 105	86 P.
4% do.	—	Span. 3% int. Schuld	—
3 1/2% Staatsch.	—	2 1/2% do.	—
4 1/2% 1/2jährig	101 1/2 P.	Belgien 4 1/2% Obl. i. R. a. 28 fr.	100 1/2 P.
4 1/2% 1/2jährig	102 bez.	Schwed. 4 1/2% Obligation.	91 1/2 P.
4% 1/2jährig	99 1/2 bez.	4 1/2% do. i. R. a. 12 fl.	90 P.
4% 1/2jährig	99 1/2 bez.	4 1/2% do. Pfl. i. R. a. 105	89 1/2 P.
4% 1/2jährig	98 1/2 bez.	Schw. 4 1/2% C. D. i. R. a. 28	—
4% 1/2jährig	98 1/2 bez.	4 1/2% Bern. St. d.	100 1/2 P.
3 1/2% do.	—	do.	91 1/2 P.
4 1/2% Obl. b. Rothsch.	104 1/2 P.	4% do.	—
4% do.	102 G.	5% do. St. d. R. 28	95 1/2 P.
3 1/2% do.	94 G.	R.-Am. 6% St. i. D. r. 1881	72 G.
4% Obligation.	100 bez.	6% do. r. 1881	—
3 1/2% do. v. 1842	91 1/2 P.	6% do. r. 1882	72 1/2 G.
4% Obligation.	100 1/2 P.	6% do. r. 1871	—